

# Notizen

Zum neuen Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland wählte Anfang Januar die Landessynode mit großer Mehrheit den Kölner Stadtsuperintendenten Manfred Kock. Der 60jährige Kock tritt damit für acht Jahre die Nachfolge des im November 1996 verstorbenen Peter Beier an. Seit 1994 ist Kock auch Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Union, der er bereits von 1988 bis 1992 vorgestanden hat. Kock mahnte in Bad Neuenahr, die Kirche müsse auch weiterhin Gemeinsamkeit in Vielfalt praktizieren. Sie brauche die verschiedenen Traditionen der Liberalität und des Pietismus.

Kein Friedensprozeß lasse sich in Gang bringen, solange die Bereitschaft zu aufrichtiger Vergebung fehle, betonte Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1997, der unter dem Motto „Biete die Vergebung an, empfangen den Frieden“ stand. Die mühsame Arbeit der Vergebung gelinge dabei nur, wenn die Konfliktparteien weder „Gefangene der Vergangenheit“ bleiben, noch das Geschehene einfach vergessen werde. Es bedürfe einer Art „Reinigung des Gedächtnisses“, für den einzelnen gleichermaßen wie für die Völker.

In einer einem „Epochenwechsel“ gleichkommenden Situation in Deutschland, die durch gnadenlose Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß, fehlende Perspektiven und durch radikale Umverteilung zugunsten der „Einfluß-Reichen“ bestimmt sei, fordert eine sogenannte „Erfurter Erklärung“ Anfang Januar ein „Bündnis für soziale Demokratie“, eine andere Politik, die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition und die Ablösung der amtierenden Bonner Regierung. Gebraucht werde eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften wolle. „Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen“, wobei kein Nichtberührungsgesuch schrecken dürfe. Unterzeichnet haben die Erklärung neben Schriftstellern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftsvertretern auch die Theologen Heino Falcke, Friedrich Schorlemmer, Dorothee Sölle und Ulrich Duchrow.

Ein an alle Verantwortlichen in der katholischen Kirche und die kirchliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit gerichteter Brief ist das Ergebnis einer 1994 im Rahmen der „Ökumenischen Dekade – So-

lidarität der Kirchen mit den Frauen“ (1988–1998) gestarteten Aktion „Frauen und Mädchen – Gewalt – Kirche“. Durchgeführt wurde diese Aktion von einer Arbeitsgruppe, der Vertreterinnen der Arbeitsstelle für Frauenseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, des BDKJ und der katholischen Frauenverbände angehören. Grundlage des im Dezember 1996 veröffentlichten 30seitigen Briefes sind die von Frauen und Mädchen gesammelten Erfahrungen und Äußerungen zu in Kirche und Gesellschaft erlebter Gewalt, Erfahrungsberichte von geschätzt 576 Frauen.

Neuer Erzbischof der (lutherischen) Kirche von Schweden ist der bisherige Bischof der südschwedischen Diözese Lund, K. G. Hammar. Der 53jährige Hammar wurde am 12. November 1996 von der schwedischen Regierung zum neuen Erzbischof (mit Sitz in Uppsala) ernannt; er tritt das Amt als Nachfolger von Erzbischof Gunnar Wemann am 1. Februar 1997 an. In einem Interview mit dem Informationsdienst der Kirche von Schweden nannte der neue Erzbischof als Bereiche, denen sich die Kirche in Zukunft mehr widmen müsse, die öffentliche Debatte über die Gottesfrage, den Dialog mit der Gesellschaft sowie die Rolle der Laien in der Kirche.

Mitte Dezember 1996 kamen dreizehn vietnamesische Bischöfe zu einem Ad-Limina-Besuch nach Rom. Der Besuch war für 1995 vorgesehen, wurde aber dann verschoben, weil die vietnamesischen Behörden nur einem Teil des Episkopats die Ausreise gestatten wollten. Aber auch jetzt erhielten nicht alle Bischöfe Ausreisevisa. Johannes Paul II. bedauerte in seiner Ansprache an die vietnamesischen Bischöfe ausdrücklich, daß nicht der gesamte Episkopat des Landes anwesend sein könne und versicherte die an der Ausreise gehinderten Bischöfe seiner Solidarität. Gleichzeitig betonte der Papst, die vietnamesischen Katholiken seien loyale Bürger ihres Landes; heute trügen sie ebenso wie in der Vergangenheit zum sozialen Fortschritt des Landes bei und seien wie die anderen Bürger dem Gemeinwohl verpflichtet.

Anhaltende Menschenrechtsverletzung hat der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Michel Sabbah, der israelischen Regierung vorgeworfen. In einem KNA-Interview (24.12.96) meinte er, die Palästi-

nenser würden von den Israelis zuerst als Feinde und erst dann als Menschen mit menschlicher Würde betrachtet. Die Menschen würden strikt nach ihrer Nationalität behandelt. Ein Palästinenser könne „leicht und grundlos“ von den israelischen Soldaten an den Checkpoints geschlagen, sein Land beschlagnahmt werden. Diese Grundhaltung den Palästinensern gegenüber könne nicht zum Frieden führen. Sabbah kritisierte auch die Entscheidung, in der Nähe des Ölbergs und somit in rein palästinensischem Gebiet eine jüdische Siedlung zu errichten.

Zum Jahreswechsel errichtete Johannes Paul II. in Osttimor die neue Diözese Baucau und ernannte Basilio Do Nascimento, einen Priester der Diözese Dili, zu ihrem ersten Apostolischen Administrator. Damit wurde die Diözese Dili, der der letztjährige Friedensnobelpreisträger Carlos Filipe Ximenes Belo vorsteht, geteilt. Mit der Teilung der Diözese soll einem Wunsch Belos entsprochen worden sein, der mehrfach beklagt habe, die Diözese sei zu groß für eine angemessene Erfüllung der seelsorglichen Aufgaben. Basilio do Nascimento wurde am 6. Januar von Johannes Paul II. zum Bischof geweiht.

Eine Gruppe von ruandesischen Christen, unter ihnen Tutsi und Hutu, Priester, Ordensleute, evangelische Pastoren und Laien, hat einander gegenseitig um Vergebung für die Verbrechen gebeten, die ihre Völker einander angetan haben. Auf Einladung des in Paderborn lebenden ruandesischen Arztes Fulgence Rubayiza trafen sich im Dezember 1996 mit Unterstützung christlicher Kirchengemeinden Detmolds Vertreter christlicher Kirchen aus Ruanda sowie aus dem Exil und verfaßten ein sogenanntes „Bekenntnis von Detmold“ (vgl. La Croix, 9.1.97). Versöhnen könne sich das ruandesische Volk nur, heißt es darin, wenn man sich gegenseitig vor dem Leiden der anderen verneige und um Vergebung bitte. Die christlichen Hutu klagten sich selbst des begangenen Völkermords an den Tutsi an, die Tutsi entschuldigen sich für die Racheaktionen an der Hutu-Bevölkerung.

Beilagenhinweis

*Dieser Ausgabe sind das Jahresregister 1996 und eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.*